

EU-Strukturförderung in Niedersachsen 2014 – 2020

Drei Wünsche



**BERND
LANGE**

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Stand 11.5.2012

Vorschlag vom 6.10.2011 über 3 zukünftige Zielgebiete der Strukturförderung

- **Weniger entwickelte Regionen:** Pro-Kopf-BIP unter 75% der EU-27 (= bisheriges Ziel 1: Konvergenz)

EU-Kofinanzierungssatz: 75% bei EFRE und ESF - grundsätzlich 50% bei ELER (80% für LEADER, Wissenstransfer, Gründung von Erzeugergemeinschaften, Zusammenarbeit).

- **Übergangsregionen:** Pro-Kopf-BIP 75% bis 90% der EU-27 (neu).

EU-Kofinanzierungssatz: 75%/ 60% bei EFRE und ESF.
ESF-Mindestanteil für Übergangsregionen soll 40% betragen. Das bisherige Verhältnis von 25:75 (ESF : EFRE) wird zu Gunsten des ESF verschoben.

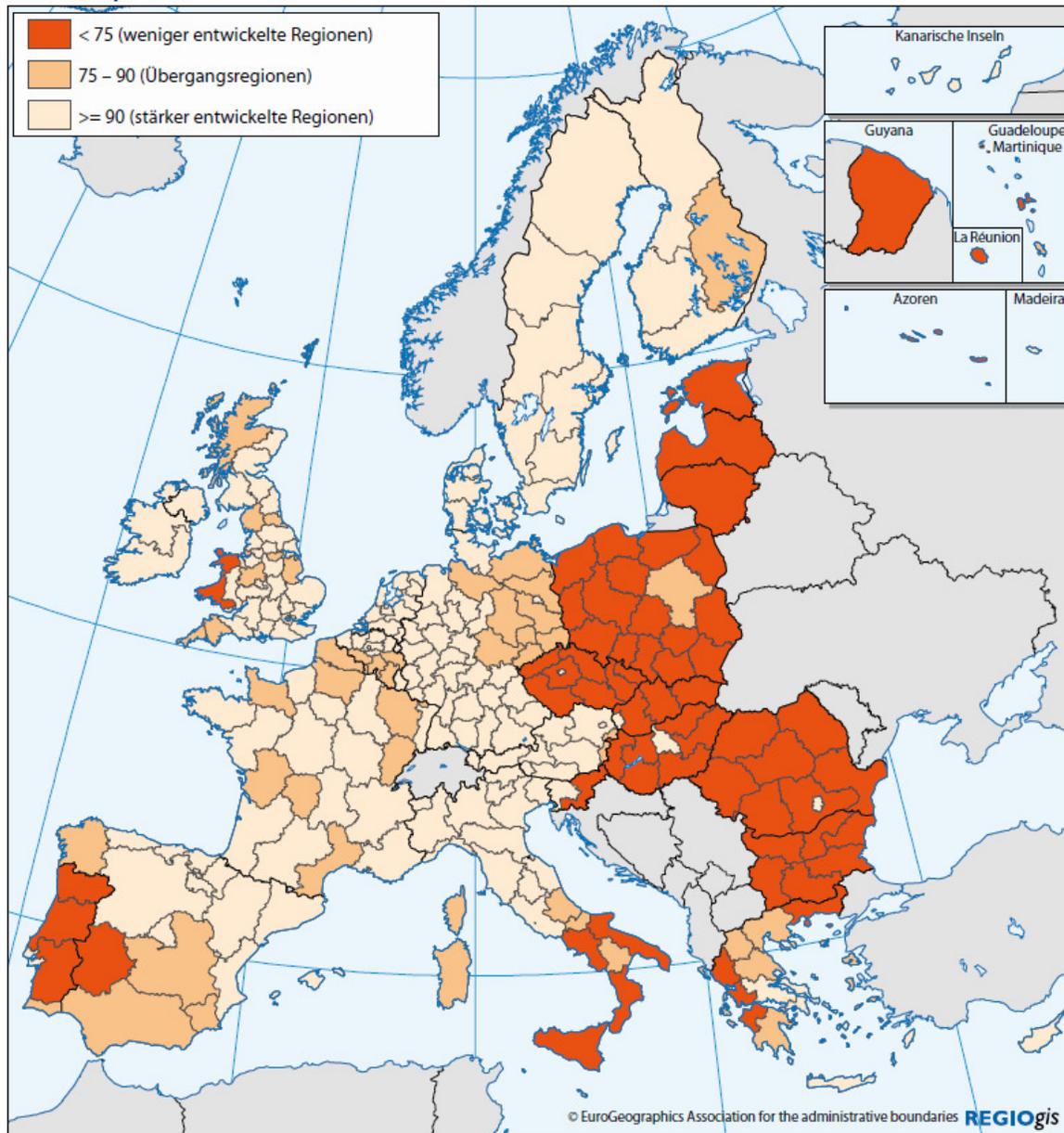
- **Stärker entwickelte Regionen:** Pro-Kopf-BIP über 90% der EU-27 (bisheriges Ziel 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung)

EU-Kofinanzierungssatz: 50%, ESF-Anteil von mindestens 52%.



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS



**BERND
LANGE**

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Strukturfondsmittelverteilung Vorschlag vom 6.10.2011

Kohäsionsfonds 68,7

davon:

»Connecting Europe« 10,0

Strukturfonds 267,3

davon:

Konvergenzgebiete 163,6

Übergangsgebiete 38,9

Wettbewerbsgebiete 53,1

Territoriale Zusammenarbeit 11,7

»**Connecting Europe**« 40,0

aus dem Kohäsionsfonds 10,0

Total 376,0

in Mrd. Euro zu konstanten Preisen
2011



**BERND
LANGE**

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Finanzielle Aussichten für Niedersachsen

1. Gebiet der ehemaligen Bezirksregierung Lüneburg:
Übergangsregion (BIP-Durchschnitt 2006-2008 ca. 84% der EU-27).
Die übrigen Gebiete Niedersachsen bleiben Ziel 2.
2. Erste grobe Schätzungen ergeben für EFRE und ESF in Niedersachsen
eine Gesamtfördersumme von rund 1 Mrd. Euro plus X.
3. Mittelausstattung für ELER noch unklar
4. Ausgestaltung Regionalbeihilfen noch unklar



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Aber

Abhängigkeit vom mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 – 2020, Vorschlag vom 29.06.2011

	Gesamtvolumen	BNE-%	davon Strukturpolitik
2007-2013:	975,8 Mrd. €	1,12%	348 Mrd. €
2014-2020:	1,025 Bio. € EU-Kom 1,076 Bio. € EP		376 Mrd. €

Gemessen an der Wirtschaftsleistung der EU sinkt wahrscheinlich aber der Anteil für den europäischen Haushalt mit dem Kommissionsvorschlag. Der Anteil der Strukturpolitik bliebe in etwa gleich.

Das EP verlangt eine leichte Steigerung. Mehrere Mitgliedsländer wollen den EU-Haushalt aber deutlich kürzen, auch Deutschland um etwa 10 Mrd pro Jahr bei einem Gesamthaushalt von ca. 146 Mrd.€.

Die unzureichende Ausstattung des Haushalts zeigt sich schon jetzt, da Niedersachsen fast 100 Mio. € zustehenden Strukturfondsmittel nicht ausgezahlt bekommen kann

Abhängigkeit von der internen Mittelverteilung vgl. Entscheidungsfindung für 2007-2013:

Ziele (neu)	Vorschlag KOM	EP(2005)	Vorschlag Rat (Lux)	Ergebnis Rat/EP 04/06
Konvergenz	78,54 % 264 Mrd.	78% 262,3 Mrd.	82,3 % 254,7 Mrd.	81,54 % 251,163 Mrd.
Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	17,22 % 57,9 Mrd.	18% 60,5 Mrd.	15,28 % 47,3 Mrd.	15,95 % 49,127 Mrd.
Territoriale Zusammenarbeit	3,94 % 13,2 Mrd.	4% 13,5 Mrd.	2,42 % 7,5 Mrd.	2,52 % 7,75 Mrd.
Gesamt	336,1 Mrd.	336,3 Mrd.	309,5 Mrd.	308,04 Mrd.

Wunsch 1

Niedersachsen setzt sich deutlich gegenüber der Bundesregierung gegen die Kürzung des EU-Haushaltes ein. Und Niedersachsen streitet für den Vorschlag der EU-Kommission zur internen Mittelverteilung, damit es keine Verlagerung in Richtung Ziel 1 gibt.

Nur so wird ein Sicherheitsnetz von 2/3 der bisherigen Förderintensität in den Übergangsregionen zu vereinbaren sein. Sonst besteht sogar die Gefahr, dass die Übergangsregionen gar nicht kommen und dass weitere deutliche finanzielle Einbußen zu erwarten sind. Der Bund wird sicherlich die eingesparten Einzahlungen nicht an die Bundesländer weitergeben.

Inhaltliche Veränderungen 1:

Konzentration auf die fünf Prioritäten der Strategie „Europa 2020“

1. **Erhöhung der Beschäftigungsquote** der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von derzeit 69% auf mindestens 75%,
2. **Erhöhung der Investitionen in F+E** auf mindestens 3% des BIP,
3. **Reduzierung der CO2-Emissionen** um 20% im Vergleich zu 1990, die **Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien** auf 20% an der Endenergienutzung und die **Steigerung der Energieeffizienz** um 20%,
4. **Reduzierung der Schulabbrecherquote** von derzeit 15% auf unter 10% und die **Steigerung von Hochschulabschlüssen** im Alter von 30 bis 34 Jahren von derzeit 31% auf mindestens 40%,
5. **Reduzierung der Quote** von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen gemäß der nationalen Armutsgrenzen um 20 Millionen.

Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft

Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer Ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft

Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Inhaltliche Veränderungen 2

EFRE-Förderschwerpunkte:

- **Stärkung von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation**
- Verbesserung des Zugangs sowie der Nutzung und Qualität der IKT
- **Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU**
- **Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO2-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft**
- Förderung der Anpassung an den Klimawandel sowie der Risikoprävention und des Risikomanagements
- Umweltschutz und Förderung der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen
- Unternehmensförderung für KMU
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Telekommunikations-, Energienetzinfrastrukturen
- Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und effektive öffentliche Verwaltung
- Gesundheit, Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur und soziale Infrastrukturen
- nachhaltige Stadtentwicklung

Inhaltliche Veränderungen 3

Förderschwerpunkte ESF:

- Förderung der Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte
- Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut
- Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung

Förderschwerpunkte ELER:

- **Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft**
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten der Land- und Forstwirtschaft
- Förderung der Organisation von Nahrungsmittelketten und des Risikomanagements für die Landwirtschaft
- Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung land- und forstwirtschaftlicher Ökosysteme
- **Erhöhung der Ressourceneffizienz und Unterstützung einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft**
- **Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Gebieten**



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Inhaltliche Veränderungen 4

- **Inhaltliche Zweckbindung** der Mittel:
 - mindestens 20% der ESF-Mittel für „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“
 - mindestens 80% der ESF-Mittel auf max. vier Investitionsprioritäten konzentrieren
 - 80% (in Übergangsregion 70%) der EFRE-Mittel für „Stärkung von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation“, „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ und „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO2-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft“
 - mindestens 20% der EFRE-Mittel für „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO2-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft“
 - mindestens 5% der EFRE-Mittel für nachhaltige Stadtentwicklung
 - In stärker entwickelten Regionen (Ziel 2) keine Investitionen in Infrastruktureinrichtungen
- Einführung eines neuen Instruments („Community-led local development“) auch für die Strukturfonds, nicht mehr nur ELER wie bei LEADER
- Leistungshonorierung und Ergebnisorientierung, Monitoring der Fortschritte in Hinblick auf vereinbarte Ziele, Leistungsreserve von 5% (nach der Hälfte der Förderperiode)
- Technische Hilfe bis zu 4% der Mittel (wie bisher)

Programmaufstellung 1

- **Gemeinsamer Strategischer Rahmen (GSR)** für alle Fonds :
 - Festlegung der Schlüsselaktivitäten
 - Festlegung der horizontalen Grundprinzipien und der Politikziele
 - Schwerpunktbereiche für Kooperationsaktivitäten
 - Koordinierungsmechanismen zwischen den Fonds und mit den anderen EU-Politiken
- **Partnerschaftsabkommen** zwischen KOM und Mitgliedstaat für alle Fonds, mit verbindlichen Indikatoren und Meilensteinen. Abweichungen von der Partnerschaftvereinbarung werden sanktioniert. Die Behörden müssen nachweisen, dass zufriedenstellende strategische, ordnungspolitische und institutionelle Rahmenbedingungen bestehen, die eine effiziente Nutzung der Mittel gewährleisten. (30 ex-ante-Konditionalitäten für EFRE/ ESF und 19 für ELER) Entwurf ist vorzulegen binnen 3 Monaten nach Verabschiedung des GSR und abzuschließen binnen 6 Monaten nach Vorlage.
- **Operationelle Programme (OP) der Regionen** sind bei der Kommission vorzulegen zusammen mit dem Partnerschaftsabkommen, Genehmigung binnen 6 Monaten nach Vorlage.

Programmaufstellung 2

- **Partnerschaftsprinzip** bleibt in bisherigem Umfang bei Programmaufstellung, -umsetzung, -monitoring und –bewertung. Für die Partnerschaftsvereinbarung bzw. für jedes Programm müssen die Mitgliedstaaten eine Partnerschaft organisieren mit Vertretern regionalen Behörden, der Wirtschafts- und Sozialpartner, der Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten, darunter Partnern des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen und Stellen für die Förderung von Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung.
- Gemeinsamer Begleitausschuss (nunmehr: **Monitoring-Ausschuss**) für mehrere Fonds ist ausdrücklich vorgesehen
- **Umsetzung** durch eine Akkreditierungsstelle (Verwaltungsbehörde, Bescheinigungsbehörde und Prüfbehörde wie bisher bleibt möglich)
- **Jährlicher Rechnungsabschluss** zukünftig auch bei EFRE und ESF wie bereits jetzt in der Gemeinsamen Agrarpolitik



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Anmerkungen zu den Kommissionsvorschlägen

- Inhaltliche Ausrichtung und Konzentration im Prinzip richtig, Flexibilität muss gesichert bleiben, Infrastrukturförderung muss unter Bedingungen auch in Ziel 2 möglich bleiben
- Gesellschaftliche Herausforderungen müssen als Querschnittsthemen besser verankert werden, z.B. Demographischer Wandel
- Beteiligung der Sozialpartner und NGOs ist noch nicht hinreichend gesichert
- Konditionalität und Erfolgsorientierung richtig, aber nur die notwendigen Konditionalitäten sollten gelten.
- ELER ist nicht hinreichend eingebunden – vgl. Übergangsregionen und weiterer Koordinierungsbedarf zwischen Strukturfonds und ELER
- Leistungsgebundene Reserve angesichts geringen Umfangs und Aufwand streichen
- Jährlicher Rechnungsabschluss nicht praktikabel
- Verwaltungsvereinfachung nicht zwangsläufig klar – Vorgaben der Haushaltsordnung noch immer unklar
- Zu viel in delegierte Rechtsakte und Kommissionsentscheidungen (z.B. CSR) verlagert bedeutet Entdemokratisierung, hier muss mehr in den Verordnungsvorschlägen entschieden werden.

Wunsch 2

Alle Akteure aus Niedersachsen sollten sich koordiniert für entsprechende Verbesserungen der Gesetzgebungsvorschläge einsetzen.



**BERND
LANGE**

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Erneuerung der bestehenden EU-Strukturförderung in Niedersachsen

- Zu geringe inhaltliche und strategische Ausrichtung
- Keine regionale Schwerpunktsetzung – Regionale Teilbudgets für alle gleich
- Zu wenig Koordination zwischen den Ministerien
- Kaum Koordination zwischen EFRE, ESF auf der einen und ELER auf der anderen Seite
- Zu komplexe Verwaltungsabläufe
- Gute Arbeit und existenzsichernden Löhne sind keine Förderkriterien
- Beteiligung der Sozialpartner ist ausbaufähig
- Landesregierung will die bestehende Strukturfondspraxis möglichst in die neue Förderperiode hinüberretten.

Anforderungen an die künftige EU-Strukturpolitik in Niedersachsen 1

- Die **richtigen inhaltlich Schwerpunktsetzung** der EU sind für Niedersachsen tragfähig und sollten stärker Widerhall finden.
- Es ist eine **klare strategische Ausrichtung** nötig, damit die verbleibende Ressourcen konzentriert und intelligent eingesetzt werden.
- Im Vordergrund muss die Stärkung von **Forschung, technischer Entwicklung und Innovation** unter Einbeziehung der Potentiale der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der ganzen Wertschöpfungskette (insb. Mittelstand) stehen.. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung hat jüngst deutlich auf die Schwächen der niedersächsischen Innovationspolitik hingewiesen.
- Die deutlichen Schwerpunkte der EU-Förderung in **erneuerbaren Energien und Energie- und Ressourceneffizienz** müssen sich - auch zur Unterstützung der Energiewende - in der niedersächsischen Planung wiederfinden.
- Die bisherige Dominanz der Zuschussförderung muss durch mehr **Darlehens- und Beteiligungsmodelle** ersetzt werden. Das stärkt die Innovationstätigkeit und mindert Risiken für gerade kleinere Unternehmen.

Anforderungen an die künftige EU-Strukturpolitik in Niedersachsen 2

- Eine **Bündelung des Regionalmanagements** zu Stärkung strukturschwacher Regionen ist notwendig. Die neu eröffneten Möglichkeiten der Unterstützung regionaler Entwicklung müssen mehr genutzt werden. Dafür ist die Bildung von regionalen fondsübergreifenden Maßnahmen mit klaren Zielen zur lokalen Entwicklung (Artikel 28 bis 31 der Strukturfondsverordnung) ein wirksames Instrument. Sie würde es ermöglichen, regionale Entwicklungsprogramme gemeinsam mit den Handelnden vor Ort zu entwickeln und diese auch finanziell effektiv zu unterlegen.
- Eine stärkere **Verzahnung der Mittel** aus den verschiedenen Fonds ist nötig. So können Projekte zu Zukunftsthemen wie z. B. den Auswirkungen des demografischen Wandels (Konzentration sozialer Infrastruktur, Fachkräftesicherung) oder den Anforderungen der Energiewende (energetische Sanierung, Qualifizierung im Handwerk) über die Verknüpfung von Konzept-, Investitions- und Qualifizierungsförderung unterstützt werden.



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Anforderungen an die künftige EU-Strukturpolitik in Niedersachsen 3

- **Bedarfsorientierung:** Bei der Qualifizierung muss sich verstärkt an tatsächlich am Arbeitsmarkt bestehenden Bedarfen und am Erwerb von Qualifikationsnachweisen und Berufsabschlüssen orientiert werden.
- Die **Beteiligung der Sozialpartner und NGOs** im Sinne des Partnerschaftsprinzip ist zu stärken und nachzuweisen. Die drei **EU-Büros** in Lüneburg sind Erfolgsmodelle. Zuständigkeit und Ausstattung sollte für ganz Niedersachsen ausgeweitet werden.
- **Sozialpartner und Betriebsräte** sind stärker als bisher an Antrags- und Entscheidungsverfahren zur Vergabe von Fördermitteln aus allen Fonds zu beteiligen.
- Bei der **Vergabe von Fördermitteln** müssen qualifizierte und gute Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen als besondere Voraussetzung eingesetzt werden.
- Eine noch engere **Verzahnung** von NBank, NGlobal und dem Innovationszentrum des Landes ist nötig, um die Innovationsstrategie effektiv zur Geltung zu bringen.
- Die NBank soll zur zentralen **EU-Strukturfondsagentur** mit Fördermanagement für die Strukturfonds weiterentwickelt werden, sowohl für die umfassende Beratung der Projektträger als auch für die effiziente Abwicklung von Programmen.

Wunsch 3

Die Umsetzung der Gesetzgebungen zur Strukturfondsperiode 2014-2020 darf keine reine Fortschreibung der bestehende Strukturfondspraxis in Niedersachsen sein. Dies wäre kein zukunftsweisender Umgang mit den für die Wertschöpfung des Landes, für die Stärkung der industriellen Basis und die Schaffung von zukunftsfesten Arbeitsplätzen so wichtigen EU-Strukturfondsmitteln.



**BERND
LANGE**

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS

Weiteres Verfahren

- Beginn der Beratung der Strukturfondsvorschläge im EP und im Rat, Berichtsentwürfe liegen vor, im EP 1. Juni Antragsschluss für die allgemeine Verordnung
- In Niedersachsen Fortschreibung der Landesposition und Vorbereitung der Operationellen Programme durch „AG Programmaufstellung“
- 24. April 2012: in Niedersachsen Kabinettsvorlage zur Ausrichtung der künftigen EU-Programme
- Positionierung der deutschen Länder zu den VO-Entwürfen über den Bundesrat
- 2. Halbjahr 2012: in Niedersachsen vier Regionalkonferenzen zur Information und Diskussion
- 2. Halbjahr 2012: in Niedersachsen drei Studien: wissenschaftliche Begleitung Programmaufstellung, SWOT-Analyse Niedersachsen und Ex-ante Evaluierung
- Ende 2012? - Beginn 2013: Verabschiedung des MFR durch den Europäischen Rat, Mitte 2013: Verabschiedung der Verordnungen, März – Mitte 2013: in Niedersachsen Kabinettsvorlage zu den OP, Verabschiedung der Programmdokumente
- Juli- Oktober 2013: Einreichung Operationelle Programme bei der EU-Kommission

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Europabüro Bernd Lange
Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover
Telefon: 0511 1674 210

mail@bernd-lange.de

www.Bernd-Lange.de



BERND
LANGE

MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS